

Lübeck, 24.02.2016

Interfraktioneller Antrag

Fraktionen:

Geschäftsstelle der SPD Fraktion

Geschäftsstelle der BfL Fraktion

Bearbeitung: Frank Johannis (E-Mail: Telefon: 122-1035)

Interfraktioneller Antrag: SPD, BfL -Austauschblatt zu VO/2016/03405, Kommunale, kooperative Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Lübeck-

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
25.02.2016	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Fraktionen von SPD und BfL beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft bis Januar 2017 zu berichten, wie eine kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft in der Hansestadt Lübeck geschaffen werden kann. Ziel der Gesellschaft soll neben der (Fort-)Bildung und Beratung von Arbeitssuchenden auch das Angebot von konkreten Arbeits- und Beschäftigungsangeboten z.B. für Langzeitarbeitssuchende sein, um diese besser in den regulären (ersten) Arbeitsmarkt integrieren können. Im Rahmen der Prüfung sollen insbesondere folgende Ansätze geprüft werden:

- Erweiterung des Gesellschaftszweck der Berufsausbildungs- und Qualifizierungsgesellschaft Lübeck GmbH (BQL)
- Kooperationen mit möglichen Partnern (Jobcenter, Handwerk, Wirtschaft, gemeinnützigen Trägern)
- Mögliche Einbindung von Förderprogrammen von EU, Bund, Land
- Mögliche Gesellschaftsformen
- Rechtliche Rahmenbedingungen / erforderliche Finanzmittel zur Errichtung bzw. Erweiterungen bestehender Gesellschaften
- Mögliche Zielgruppen (über Langzeitarbeitssuchende hinaus, wie z.B. Migrantinnen und Migranten)
- Mögliche Tätigkeitsfelder der Kommune
- Können Flüchtlinge als mögliche Zielgruppe berücksichtigt werden, wenn ja in welchen Bereichen und für welche Tätigkeiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Anlagen :



